



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 11. Juni 2025
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sebastian Rutten (FDP)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:02 Uhr

Ende: 20:22 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 10/25)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Hoffmann-Fessner vertreten durch Stv. Schmitt
Stv. Oschmann anwesend zu den Tagesordnungspunkten I/2 bis I/12
Stv. Özkan anwesend bis Tagesordnungspunkt I/3
Stv. Wardak anwesend bis Tagesordnungspunkt I/2, anschließend ist die Fraktion BLW/ULW/Wardak nicht im Ausschuss vertreten

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0063 Tagesordnung

Einstimmig (unverändert)

0064 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 07.05.2025

Einstimmig genehmigt

0065 (Jährlicher) Bericht kommunales Sprachförderprogramm Deutsch

Protokollnotiz:

Zu diesem Punkt sind Frau Mrše (Amt für Zuwanderung und Integration), Frau Züfle und Herr Schindler (Wiesbadener Servicestelle Deutsch), sowie Frau Bopp und Frau Lettko (angekommen Wiesbaden e. V.) anwesend.

Sie präsentieren dem Ausschuss die Arbeit der Projekte, Fallzahlen, inkl. Entwicklung in den letzten Jahren, und gewähren einen finanziellen sowie organisatorischen Ausblick.

Im Anschluss erfolgt ein Austausch, u. a. über den Auslauf der Förderung Ende 2025, Häufigkeit der Kontaktaufnahmen, Telc-Zertifikate und Angebote für eingeschränkte Personen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Löbcke berichtet zur Finanzierung, dass das Dezernat den aktuellen Status Quo innerhalb des technischen Deckels für den Haushalt 2026 abbilden konnte.

Es wurden Abfragen bei sämtlichen Trägern durchgeführt, um die Höhe der Mehrbedarfe (aufgrund von Inflation und Personalsteigerung) zu ermitteln:

- Wiesbadener Servicestelle Deutsch: ca. 32.600 €
- Arbeitgeberservice: ca. 31.000 €
- Angekommen Wiesbaden e. V.: 29.400 €

Die Summen werden zu den Haushaltsplanberatungen in den weiteren Bedarfen unter dem Sammelposten „Mehrbedarfe der Träger 2026“ zu finden sein.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0066 **Bericht über die Jungenberatungsstelle von Wildwasser e.V.**

Protokollnotiz:

Frau Ruben (Wildwasser Wiesbaden e. V.) stellt im Ausschuss das Projekt zur Etablierung einer Beratungsstelle für männliche Betroffene* vor. Im März 2024 konnte diese erstmalig, nach Beginn der Arbeiten im September 2023, eröffnet werden.

Frau Ruben skizziert den regionalen Zuständigkeits- und Arbeitsbereich/-schwerpunkte der Beratungsstelle, präsentiert Studienstatistiken zum Dunkelfeld und setzt sich mit den Herausforderungen, die sich bei der täglichen Arbeit mit den Betroffenen ergeben, auseinander.

Es erfolgt ein Austausch zu Fragen und Anregungen, wie bspw.

- die Bereitstellung eines möglichst barrierearmen Zugangs (digitale, anonyme Beratungen)
- zu erwartende Mehrbedarfe nach Auslaufen der Finanzierung
- Schaffung einer breiteren Öffentlichkeit/Wahrnehmung des Angebots
- Ausblick auf die Entwicklungen der Beratungszahlen

Stadträtin Dr. Becher teilt mit, dass für die Haushaltsplanberatungen 2026 hierfür keine Mehrbedarfe angemeldet wurden.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 11. Juni 2025

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0067 25-F-22-0023

Bestandsaufnahme - Ein Jahr Jungenberatungsstelle
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 12.03.2025 -
- Beschluss Nr. 0036 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 19.03.2025 -

Der Antrag ist durch die Vorstellung der Jungenberatungsstelle durch Wildwasser Wiesbaden e. V. (s. BP 0066) **erledigt**

0068 25-F-63-0038

Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern- und Jugendlichen stärken
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.06.2025 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass man mit den Verantwortlichen der Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft 25 bis 30 Projekte zum Thema Demokratieförderung umsetzt.

Es gibt unterschiedlichste Angebote zur Partizipation, Beteiligung und Demokratiestärkung, die hierzu beitragen, wie bspw.:

- Jugendkonferenz
- Stadtteilgespräche
- Beteiligungsberatung im Jugendinformationszentrum
- Let's play
- Youth Culture
- Mini Wiesbaden
- AG Plätze (Tummel- und Sportplatzbeteiligung)
- Weltkindertag
- ...

Die Abteilung Betreuende Grundschulen erhielt in 2023 eine Förderung eines Bundesprogramms, aus dem ein Angebot zu Kinderfreundlichkeit im Stadtviertel gebildet werden konnte. Ein Zukunftsausschuss entwickelt ein stadtweites Projekt.

Einstimmig angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0069 25-F-22-0061

KiTa-Öffnungszeiten: Flexible Betreuung statt starrer Zeiten
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.06.2025 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher teilt mit, dass man die Bedarfe der Eltern, hinsichtlich einer Erweiterung der Randzeiten, im Blick habe und sich dessen bewusst ist, dass sich betreuende Personen im Arbeitsalltag mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sehen. Im Moment verzeichne man jedoch eher eine Diskrepanz in der Aufrechterhaltung bestehender Öffnungszeiten (z. B. aufgrund von Fachkräftemangel).

Aus Gesprächen mit den Eltern und Elternbeiräten bei dem politischen Abend habe man abgeleitet, dass die Sicherstellung der angebotenen Plätze ein Hauptanliegen ist, ohne von bestehenden Öffnungszeitenmodellen Abstand nehmen zu müssen.

In Hessen besteht zudem eine kindsbezogene Personalbemessung. Eine Flexibilisierung dieser könnte zu einer höheren Variabilität im Personal führen.

Um eine bedarfsorientierte Elternbefragung durchführen zu können, verfügt das Dezernat nicht über ausreichend Ressourcen und es wurden darüber hinaus keine Mittel zu den Haushaltsberatungen angemeldet.

Bei den Kooperationsfraktionen stellt sich grundsätzlich die Frage, was konkret aus einer aufwendigen Bedarfsanalyse folgen und wie die Maßnahmen, mit welchen (nicht vorhandenen) Mitteln, umgesetzt werden sollen (Gruppengröße, Fachkräftemangel).

Stv. Oschmann bekräftigt die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer funktionierenden Kinderbetreuung, um Betreuungspersonen wieder mehr in Beschäftigung zu bringen und folglich die Wirtschaft zu stärken. Es müsse mehr Druck bei dem Thema entstehen.

Vorsitzender Rutten und Stv. Weck argumentieren, dass ein Pilotprojekt sinnvoll ist, da der gefühlte Bedarf transparent und quantifiziert erhoben werden kann. Aus den Ergebnissen kann konkret abgeleitet werden, was diese für die Praxis bedeuten, was dies an Ressourcen kostet und was bedarfsorientiert priorisiert werden muss. Es gehe darum, sozialpolitische Entscheidungen zu treffen. Denn mit einer idealen Investition in die Kinderbetreuung werden Armut und Bildungslücken vermieden.

dafür: CDU, FDP, AfD, FWG/Pro Auto

dagegen: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt

somit wird der Antrag **abgelehnt**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0070 25-F-15-0025

Zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Unterstützungsbedarf in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 03.06.2025 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher teilt hierzu mit, dass es in Wiesbaden Kinder und Jugendliche gibt, die nicht durch die sorgeberechtigten Personen durch Regelangebote in der Jugendhilfe erreichbar sind. Seit der Corona-Pandemie verzeichnet man eine Zunahme dieser nicht erreichbaren Gruppe. Der Schwerpunkt liegt hier jedoch eher bei Jugendlichen, als bei Kindern.

Die Kosten in den Hilfen zur Erziehung steigen insbesondere im stationären Bereich. Man treffe hier auf Herausforderungen, wie eine Zunahme der Komplexität der Fälle, Fachkräftemangel und bundesweite Suche nach stationären Unterbringungsmöglichkeiten, bei einer gleichzeitigen Steigerung der Fallzahlen. Das Dezernat ist in ständigem Austausch mit allen Trägern, die in der Jugendhilfe tätig sind, sowie mit den Kindern/Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten.

Da der Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung nach SGB XIII besteht, kann wenig an Einsparungsmöglichkeiten erfolgen.

Es werden zudem individuelle pädagogische Konzepte benötigt und mit allen Beteiligten gute und passgenaue Hilfen nach dem Entwicklungsstand der Zielgruppe entwickelt.

Der Antrag ist durch den mündlichen Bericht der Dezernentin, Frau Dr. Becher, **erledigt**

0071 25-F-63-0037

Vorstellung der Arbeit des Kompetenzzentrums Vielfalt Hessen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 30.04.2025 -

Einstimmig angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0072 25-F-63-0039

Gerontologisches regionales Netzwerk für Wiesbaden (GereNETZ)
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.06.2025 -

Einstimmig angenommen

0073 25-F-02-0004

Zukunftsfähige Aufstellung der Pflege in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2025 -
- Beschluss Nr. 0150 der Stadtverordnetenversammlung vom 22.05.2025 -

Die Ziffer III des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurde an den Sozialausschuss weiterverwiesen.

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher gibt dem Ausschuss die folgenden, ergänzenden Hinweise zu den Beschlusspunkten:

a)

In 2023 gab es den ersten hessischen Landespflegebericht. Die Abteilung Grundsatz und Planung ist in der Erstellung eines neuen Altenberichts für Wiesbaden, der den Gremien nächstes Jahr mit aktuellen Zahlen als Sitzungsvorlage vorlegt wird.

b)

Die Stadt ziehe immer ambulanter vor stationärer Pflege vor, sodass keine Mindestzahl an stationären Plätzen nach Stadtteilen definiert wird. Man verfolge die Weiterentwicklung ambulanter Angebote und tritt im Rahmen des Programms #Quartiershäuser in den Austausch mit den Wohnungsbaugesellschaften. Dem Ausschuss werde anschließend über erste Piloten/Modelle in neuen, aber auch in bestehenden Quartieren berichtet.

d)

Die Frage der Quereinsteiger wird Thema im nächsten Austauschtreffen zur stationären Pflege der Abteilung Altenarbeit sein. Es wird im Ausschuss über die Ideen/Rückmeldungen berichtet.

Stv. Apel beantragt eine getrennte Abstimmung von a), d), e) und b)

Ziffer III

a), d), e) - Einstimmig angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

b) - dagegen: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt

dafür: CDU, FDP, AfD

Enthaltung: FWG/Pro Auto

somit abgelehnt

0074 25-A-79-0009

Inklusive Stadtgesellschaft

- Antrag aus dem Jahresgespräch 2025 mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit am 19.03.2025 -

- Beschluss Nr. 0052 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 07.05.2025 -

- Bericht des Dezernates V vom 07.05.2025 -

Protokollnotiz:

Die Vorsitzende des Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit, Frau Knobloch, reicht schriftlich die nachfolgende Stellungnahme zum Magistratsbericht ein:

„Zu den in der Sache 25-A-79-0009 beigefügten Stellungnahmen der städtischen Unternehmen (WiBau, SEG, Hochbauamt...) kann ich aktuell nur persönlich sagen, dass wir eine solche Umsetzung von Barrierefreiheit entsprechend der DIN-Normen sehr positiv sehen und hoffen, dass die genannten Institutionen tatsächlich in Zweifelsfällen oder bei Unklarheiten konstruktiv mit Betroffenen - zum Beispiel über den AK - zusammenarbeiten.“

In problematischen Situationen im öffentlichen Raum - wie sie real immer wieder vorkommen - wünschen wir als AK uns bessere Strukturen, d. h. den Zugang zu den jeweils Verantwortlichen auf schnelleren Wegen als bisher.“

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 11. Juni 2025

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0075 25-I-30-0002

Prävention gegen Fake News, Hate Speech und Förderung von Medienkompetenz

- Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 -

- Beschluss Nr. 0095 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 14.05.2025 -

Stellv. Vorsitzender von Seemen formuliert den folgenden Alternativantrag, der vom Ausländerbeirat so übernommen wird:

„Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen,

Der Magistrat möge

1. berichten, welche Angebote es zur Prävention gegen Fake News, Hate Speech, sowie zur Förderung von Medienkompetenz gibt.
2. Lücken in den Angeboten aufzeigen und Vorschläge erarbeiten, wie diese geschlossen werden können.“

Einstimmig in geänderter Fassung angenommen

0076 25-I-30-0005

Erhöhung des Budgets des Ausländerbeirats für die Förderung von Vereinen

- Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 -

- Beschluss Nr. 0096 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 14.05.2025 -

Protokollnotiz:

Stellv. Vorsitzender von Seemen beantragt den Vorgang in die Haushaltsplanberatungen zu überweisen.

Stv. Weck würde bis zu den Beratungen interessieren, seit wann der Bedarf 50.000 € beträgt, wie hoch er davor war und wie sich die Bedarfe in den anderen Beiräten entwickelt haben.

Stadträtin Löbcke berichtet, dass die Höhe des weiteren Bedarfs ermittelt und zu den Haushaltsplanberatungen angemeldet wurde.

Nach ihrer Kenntnis ist das Vergabeverfahren der Haushaltsmittel des Ausländerbeirats und der Ortsbeiräte inzwischen identisch. Es soll jedoch, unter Einbeziehung des Revisionsamtes, evaluiert werden, ob das aktuelle Verfahren für den Ausländerbeirat passend ist und anschließend zu diesem Sachstand berichtet werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Krajnovic (ALB) berichtet, dass sich derzeit eine beiratsinterne Arbeitsgruppe intensiv mit der Entwicklung neuer Regelungen für die Mittel befasst.

Der Antrag wird in die Haushaltsplanberatungen 2026 überwiesen (**einstimmig**)

0077 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich
(s. die nachfolgenden BP 0078 und 0079)

0078 Aktuelle Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung

Protokollnotiz:

Frau Stadträtin Dr. Becher berichtet zu aktuellen Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung.

Das Amt für Soziale Arbeit umfasst derzeit um die 1.500 Mitarbeitenden und hat eine große thematische Spannweite.

Im Spannungsfeld einer guten Steuerbarkeit der Verwaltung und prozesseffizienter Gestaltung sollen die Prozesse in der Kinderbetreuung für 0- bis 10-Jährige gebündelt werden.

Angedacht ist eine eigene Amtsstruktur, die mit bereits bestehenden Ressourcen (ca. 700 betroffene Mitarbeitende) aufgebaut und von dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung begleitet werden soll. Zusammen mit weiteren Beteiligungsgremien, wie die Personal-, Schwerbehindertenvertretung und Frauenbeauftragte, möchte man nun in den Prozess einsteigen.

Hierüber wurden kürzlich die Mitarbeitenden, die Vorsitzenden des Stadt Elternbeirats und der Grundschulen, sowie der Fachausschuss und der Jugendhilfeausschuss informiert.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0079 Probleme mit dem System „KM Ausländer“

Protokollnotiz:

Frau Stadträtin Löbcke und Frau Rudolph (AL Amt für Zuwanderung und Integration) berichten zu den Problemen mit dem System „KM Ausländer“.

Das neu eingeführte Fachverfahren „KM Ausländer“ führt in der Ausländerbehörde zu massiven Problemen, die eine große Auswirkung auf die Zufriedenheit und Arbeitseffizienz der Mitarbeitenden, sowie Kundinnen und Kunden hat.

Bis 2024 wurde das Fachverfahren LaDiVA von der ekom21 in allen hessischen Ausländerbehörden genutzt. Da dieses nicht mehr evaluiert wird und somit ab November 2024 nicht mehr funktionsfähig ist, wurde das ekom21-System „KM Ausländer“ eingeführt.

Da sich bereits bei anderen hessischen Kommunen erhebliche Probleme abzeichneten, habe man den Rollout auf den spätestmöglichen Zeitpunkt im November 2024 verschoben. Es fanden zuvor unzureichende Online-Schulungen statt.

In der täglichen Anwendung berichten Ausländerbehörden landesweit, so auch Wiesbaden, von Mängeln in der Anwendungsperformance, Schnittstellenproblematiken (bspw. zum Ausländerzentralregister) und Totalausfällen.

Die ekom21 hofft, bis Ende des Jahres alle Probleme behoben zu haben und hat an die Stadt bereits 16.000 € als „Wiedergutmachung“ gezahlt. Die Ausländerbehörde prüft zwar mögliche Schadenersatzansprüche, die jedoch letztlich nichts an der erschwerten Arbeit ändern werden. Ein Ausstieg und ein Wechsel zu einer anderen Software sei nicht möglich, die Kommunen sind an die ekom21 gebunden.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0080 Verschiedenes

(keine Wortmeldungen)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung II

0081 25-V-51-0009

Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses (JHA)

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .06.2025

Vorsitzender

Schriftführerin

Sebastian Rutten

Gabriella Wenzel